

ANTRAG Stadträtin Gabriele Luczak-Schwarz (CDU) Stadträtin Bettina Meier-Augenstein (CDU) Stadtrat Sven Maier (CDU) Stadtrat Manfred Bilger (CDU) Stadtrat Rainer Weinbrecht (CDU) CDU-Gemeinderatsfraktion vom 6. Oktober 2008	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	55. Plenarsitzung Gemeinderat 18.11.2008 1570 11 öffentlich
Medizinisch-psychologische Untersuchung für gewaltbereite Straftäter und Randalierer		

Die Stadtverwaltung wird gebeten,

- 1) die bisherigen Erfahrungen und Ergebnisse aus Stuttgart in Bezug auf diese Maßnahme in Erfahrung zu bringen und
- 2) ein Konzept für die Umsetzung des Modells für Karlsruhe vorzustellen.

Sachverhalt/Begründung:

In Stuttgart wurde die medizinisch-psychologische Untersuchung für den Bereich von jugendlichen Straftätern und Randalierern erfolgreich eingeführt. Ziel der Maßnahme ist es, der Polizei gegenüber aggressiven Personen eine weitere Sanktionsmaßnahme an die Hand zu geben.

Erfahrungsgemäß verhalten sich die im generellen Alltag aggressiven Personen auch im Straßenverkehr aggressiv, welches sich oft in rücksichtslosem und schnellem Fahren verkörpert. Gerade für junge Leute stellt der Entzug des Führerscheins dabei eine einschneidende persönliche Maßnahme dar und verkörpert zugleich ein hohes Abschreckungspotenzial.

Im Rahmen der Ahndung von Straftaten aggressiver Personen steht dabei die medizinisch-psychologische Untersuchung nicht von Anfang an als Sanktion fest. Es steht vielmehr im Ermessen der Polizeibeamten, vor Ort aggressive Personen, z. B. nach Körperverletzungsdelikten, der Führerscheinstelle zu melden. Die Führerscheinstelle

ihrerseits prüft daraufhin, ob gegen einen rechtskräftig verurteilten Straftäter zusätzlich eine medizinisch-psychologische Untersuchung anzuordnen ist. Fallen die Betroffenen durch eine solche Untersuchung, kann die Behörde gegebenenfalls von einer Gefahr für den Straßenverkehr ausgehen und den Führerschein entziehen.

unterzeichnet von:

Gabriele Luczak-Schwarz

Bettina Meier-Augenstein

Sven Maier

Manfred Bilger

Rainer Weinbrecht

Hauptamt - Sitzungsdienste -

7. November 2008